



Änderung bzw. Aussetzung der Geschäftsordnung aufgrund der Corona-Pandemie

<i>Organisationseinheit:</i> Verwaltungsmanagement	<i>Beteiligt:</i> Technische Dienste Bauverwaltung, Städtebauförderung Zentrale Vergabestelle
---	--

<i>Beratungsfolge</i> Stadtrat (Entscheidung)	Ö / N Ö
--	------------

Beschlussentwurf

Es wird beschlossen, die Geschäftsordnung des Stadtrates

- bezüglich der Vergabe von Bauleistungen nach VOB auszusetzen und die Oberbürgermeisterin zu ermächtigen, diesbezüglich Aufträge bis zu einer Höhe von 1.000.000 € netto zu vergeben,
- bezüglich der Vergabe von Lieferungen und Dienstleistungen nach UVgO (Unterschwelvenvergabeordnung) auszusetzen und die Oberbürgermeisterin zu ermächtigen, diesbezüglich Aufträge bis 150.000 € netto (nach Vergabeerlass) zu vergeben.

Über die Vergaben innerhalb dieser Wertgrenzen sind die zuständigen Ausschüsse bzw. der Stadtrat zu unterrichten.

Sachverhalt

Mit Email vom 09.04.2020 gab das Innenministerium einen neuen Vergabeerlass bekannt, durch den - aufgrund der Corona-Pandemie - höhere Wertgrenzen für Vergabeverfahren gelten. Die neuen Wertgrenzen dienen der Beschleunigung von Vergabeverfahren im Bau-, Liefer- und Dienstleistungsbereich.

Um diese Beschleunigung auch für die Vorhaben der Stadt zu erreichen, wird vorgeschlagen, die Geschäftsordnung des Stadtrates, ähnlich wie bereits zur Zeit des Konjunkturpakets, an die neuen Wertgrenzen anzupassen, und den Handlungsspielraum, den der Vergabeerlass gibt, zu nutzen. Hierdurch besteht die Möglichkeit, auch nicht dringliche Maßnahmen über beschränkte Ausschreibungen sehr schnell zu beauftragen und unsere Wirtschaft in dieser schwierigen Zeit zu unterstützen. Über die Höhe der beauftragten Leistungen und das damit beauftragte Unternehmen sind die zuständigen Ausschüsse bzw. der Stadtrat zu unterrichten.

Bleibt es bei der jetzigen Vorgehensweise, können Vergaben im Bauwesen nur bis 100.000 € und bei Liefer- und Dienstleistungen nur bis 50.000 € ohne Beschluss durch die Oberbürgermeisterin vergeben werden.

Anlage/n

- Schreiben Ministerium des Innern, Bauen und Sport vom 09.04.2020 (öffentlich)
- Vergabeerlass 2020 (öffentlich)

**Abteilung C:
Kommunale Angelegenheiten**

Landrätin/Landräte der Landkreise des Saarlandes
Regionalverbandsdirektor des Regionalverbandes
Saarbrücken

Oberbürgermeisterin/ Oberbürgermeister/
Bürgermeisterinnen/Bürgermeister

- der Landeshauptstadt Saarbrücken
- der Mittelstädte Völklingen und St. Ingbert
- der kreisangehörigen Städte und Gemeinden
- der regionalverbandsangehörigen Städte und
Gemeinden

Nachrichtlich

Landesverwaltungsamt
Saarländischer Städte- und Gemeindetag
Landkreistag Saarland
Ministerium für Finanzen und Europa

Abteilungen A, B, OBB1 und OBB2
Referate C1, C2, C3, C5,
im Hause

Bearbeitung: Frau Petry
Tel.: 0681 501 – 2180
Fax: 0681 501 – 2110
E-Mail:
referat-c4@innen.saarland.de
Datum: 9. April 2020
Az.: C4-4770-00

Vergabeerlass 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei übersende ich Ihnen den *Vergabeerlass 2020*. Der Erlass enthält die grundsätzlichen für die Kommunen geltenden Vergabegrundsätze und dient der Beschleunigung von Vergaben im Baubereich, von Beschaffungen und von freiberuflichen Leistungen.

Der Erlass tritt er mit sofortiger Wirkung in Kraft. Die Veröffentlichung im Amtsblatt des Saarlandes ist vorgesehen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

gez.
Helmut Neumeyer
Anlage



Franz-Josef-Röder-Straße 21 66119 Saarbrücken
Tel.: +49 (0)681 501-00
poststelle@innen.saarland.de www.saarland.de



Bekanntgabe der Vergabegrundsätze für die Gemeinden, Gemeindeverbände, kommunalen Eigenbetriebe und kommunalen Zweckverbände

(Vergabeerlass 2020)

vom 7. April 2020

Nach § 222 Abs. 1 Nr. 9 des Kommunalselfbstverwaltungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsbl. S. 682), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 19. Juni 2019 (Amtsbl. I S. 639), i. V. m. § 24 Abs. 2 der Kommunalhaushaltsverordnung vom 10. Oktober 2006 (Amtsbl. S. 1842), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 8. Januar 2020 (Amtsbl. I S. 16), und nach § 25 der Eigenbetriebsverordnung (EigVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. November 2010 (Amtsbl. I S. 1426), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. Oktober 2018 (Amtsbl. I S. 792), werden für die Gemeinden, Gemeindeverbände und kommunalen Zweckverbände und für die kommunalen Eigenbetriebe die nachfolgenden Vergabegrundsätze bekannt gegeben:

1. Bauleistungen

- 1.1 Abschnitt 1 der VOB/A, Ausgabe 2019, die VOB/B, Ausgabe 2016, sowie die VOB/C in der jeweils aktuellen Ausgabe werden zur Anwendung vorgeschrieben.
§ 21 VOB/A findet keine Anwendung.
- 1.2 Befristet bis 31.12.2020 sind ohne weitere Einzelbegründung zulässig
 - 1.2.1 abweichend von § 3a Absatz 3 Satz 2 VOB/A eine Freihändige Vergabe von Bauleistungen bis zu einer Wertgrenze von 150.000 Euro,
 - 1.2.2 abweichend von § 3a Absatz 2 Nummer 1 VOB/A eine beschränkte Ausschreibung bis zu einer Wertgrenze von 1.000.000 Euro.

2. Liefer- und Dienstleistungen

- 2.1 Die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) wird zur Anwendung empfohlen.
- 2.2 Eine Verhandlungsvergabe bzw. freihändige Vergabe ist ohne weitere Einzelbegründung bei einem geschätzten Auftragswert bis zu 25.000 Euro zulässig.
- 2.3 Eine beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb ist ohne weitere Einzelbegründung bei einem geschätzten Auftragswert bis zu 75.000 Euro zulässig.
- 2.4 Befristet bis 31.12.2020 sind abweichend von 2.2 und 2.3 ohne weitere Einzelbegründung zulässig eine Verhandlungsvergabe bzw. freihändige Vergabe

und eine Beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb bis zu einer Wertgrenze von 150.000 Euro.

- 2.5 Für den Direktauftrag gilt § 14 UVgO bis zu einem voraussichtlichen Auftragswert von 3.000 Euro.
- 2.6 Tragen die Liefer- oder Dienstleistungen unmittelbar oder mittelbar zur Eindämmung der Corona-Pandemie bei, ist ein Direktauftrag bei einem Auftragswert bis zum EU-Schwellenwert ohne weitere Einzelbegründung befristet bis 31.12.2020 zulässig.

Hierzu zählen insbesondere Heil- und Hilfsmittel, die zur Eindämmung der Verbreitung des Virus beitragen, wie Desinfektionsmittel, Einmalhandschuhe, Schutzkleidung, Masken, Verbandsmaterial und medizinische Geräte. Ebenso zählen hierzu Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes in der öffentlichen Verwaltung, wie z. B. mobile IT-Geräte zur Einrichtung von Homeoffice-Arbeitsplätzen bzw. Videokonferenztechniken.

3. Freiberufliche Leistungen

- 3.1 Für die Vergabe von freiberuflichen Leistungen gilt § 50 UVgO.
- 3.2 Ein Direktauftrag ist ohne weitere Einzelbegründung bis zu einer Wertgrenze von 25.000 Euro zulässig.
- 3.3 Freiberufliche Leistungen, die einem Bauvorhaben im Sinne des § 1 VOB/A dienen, können bis zu folgenden Wertgrenzen ohne vorherige Einholung von Vergleichsangeboten beschafft werden:
 - 50.000 Euro für freiberufliche Leistungen, die zum weit überwiegenden Teil dem gesetzlichen Preisrecht der HOAI unterliegen.
 - 100.000 Euro für freiberufliche Leistungen, die zum weit überwiegenden Teil dem gesetzlichen Preisrecht der HOAI unterliegen, wenn Sie zu den bisherigen Mindestsätzen der HOAI vergeben werden.
- 3.4 Bei Vergaben oberhalb der Wertgrenzen nach Nr. 3.3 sind in der Regel mindestens drei Angebote einzuholen, soweit nicht die Eigenart der Leistung oder besondere Umstände dem entgegenstehen. Die Gründe für eine Abweichung sind schriftlich zu dokumentieren.

4. Anforderungen bei der Inanspruchnahme von Vergabeerleichterungen

Bei der Inanspruchnahme von Vergabeerleichterungen nach Nr. 1.2, 2.4, 2.6, 3.2 und 3.3 gelten die folgenden Anforderungen:

- 4.1 Die Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sind auch bei der Inanspruchnahme der Wertgrenzen zu beachten. Es sind geeignete organisatorische und personelle Vorkehrungen zu treffen, um Wettbewerb und Transparenz zu gewährleisten und die Manipulationsgefahr zu minimieren.
- 4.2 Bei einem Direktauftrag und bei freihändiger Vergabe bzw. Verhandlungsvergabe ist unter den Bewerbern regelmäßig zu wechseln. Die maßgeblichen Gründe für die Auswahl des Bewerbers sind zu dokumentieren.
- 4.3 Ein Direktauftrag oberhalb von 10.000 Euro und eine beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb sind nach der Auftragserteilung dem Rechnungsprüfungsamt oder, wenn dieses nicht besteht, dem Rechnungsprüfungsausschuss vorzulegen.
- 4.3 Bei beschränkten Ausschreibungen werden folgende Maßnahmen empfohlen:
 - Formlose Information der Fachöffentlichkeit über größere Bau- oder Beschaffungsvorhaben in geeigneten Medien und Aufforderung an Unternehmen, ihr Interesse an der Beteiligung zu bekunden;
 - Aufforderung von in der Regel drei bis acht Bewerbern zur Abgabe eines Angebots, abhängig von Marktsituation und Auftragswert.

5. Weitere Vorgaben für Vergabeverfahren

Die folgenden Bestimmungen sind in der jeweils geltenden Fassung verbindlich anzuwenden:

- 5.1 Die Richtlinien für die Berücksichtigung von Werkstätten für Behinderte und Blindenwerkstätten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge vom 10. Mai 2001 (BAnz. Nr. 109 vom 16. Juni 2001).
- 5.2 Die Regelung zu vorbehaltenen Aufträgen nach § 118 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juni 2013 (BGBl. I S. 1750, 3245).

6. Weitere Empfehlungen

Den kommunalen Körperschaften wird empfohlen, sich bei der Anwendung der VOB am Vergabe- und Vertragshandbuch für die Baumaßnahmen des Bundes (zurzeit: VHB 2017), dem Handbuch für die Vergabe und Ausführung von Bauleistungen im Straßen- und Brückenbau (zurzeit: HVA B-StB, Ausgabe August 2019) und an den für

die Landesbauverwaltung maßgebenden Erlassen zu orientieren. Bei der Anwendung ist zu beachten, dass nicht alle für die staatliche Bauverwaltung maßgebenden Richtlinien und Hinweise auf die kommunalen Körperschaften übertragen werden können.

Das VHB 2017 ist mit laufenden Aktualisierungen im Internet unter www.fib-bund.de („Vergabe“ - „VHB“) verfügbar.

Das HVA B-StB, Ausgabe August 2019, ist mit laufenden Aktualisierungen im Internet unter www.bmvi.de verfügbar.

Die für die staatliche Bauverwaltung maßgebenden Erlasse sind im Internet unter www.vorschriften.saarland.de verfügbar.

7. EU-Vergaberecht

Unberührt bleibt die Verpflichtung zur Anwendung des 4. Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, deren geschätzter Auftragswert die durch § 106 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in Bezug genommenen Schwellenwerte erreichen oder überschreiten.

8. Errechnung der Wertgrenzen

Alle Wertgrenzen errechnen sich ohne Umsatzsteuer.

9. Geltung, In-Kraft-Treten

9.1 Dieser Erlass tritt in Kraft am 9. April 2020.

9.2 Gleichzeitig tritt der Vergabeerlass vom 5. April 2019 (Amtsbl. I S. 348) außer Kraft. Der Erlass vom 8. März 2004, Az.: C 4-4771-11/4773 Neu, wird aufgehoben.

9.3 Bereits begonnene Vergabeverfahren werden nach dem Recht und den Vergabestimmungen, die zum Zeitpunkt des Beginns des Verfahrens galten, beendet.

Saarbrücken, den 7. April 2020

Der Minister für Inneres, Bauen und Sport

gez.
Klaus Bouillon